



ZEITUNG DER SPD GEMEINDE WINDHAGEN

MÄRZ 2019



Dr. Thomas Stumpf

FÜR EINE DEMOKRATISCHE ALTERNATIVE IN WINDHAGEN

Wir wollen eine **unabhängige Persönlichkeit**, die vorbehaltlos **Transparenz lebt**, ihr Handeln eindeutig **am Gemeinwohl ausrichtet** und allen Mitbürgern und Mitbürgerinnen **Mitwirkung anbietet**.

Wir wollen dazu beitragen, dass sich die **Zukunft** unserer Gemeinde **bürgerfreundlich und nachhaltig** entwickelt.

Wir stehen, ob alteingesessene oder zugezogene Bürger, ob Innerorts oder in einem unserer Ortsteile wohnend, **für unsere Heimat ein** und **sagen JA zu einer Wahlentscheidung über den Tag hinaus**.

Am 26. Mai 2019 entscheiden Sie, wer die Nachfolge von Ortsbürgermeister Josef Rüddel antreten soll.

Welche Persönlichkeit ist geeignet, dieses Amt tatsächlich auszufüllen und unsere Interessen auf Augenhöhe zu vertreten?

Wir wollen, dass unsere **Windhagener Interessen** im Asbacher Land, im Landkreis Neuwied und auch interkommunal bei unseren Nachbargemeinden **auf Augenhöhe vertreten** werden.

„WINDHAGEN HAT ZUKUNFT.“

SPD: DER ARZTBESUCH – EINE DASEINSVORSORGE *EIN RÜCKBLICK AUF EINE POSITIVE ENTWICKLUNG*

EIN GROSSES ANLIEGEN DER SPD IM ASBACHER LAND



Für die Sozialdemokraten im Asbacher Land gibt es keine Zweifel, dass Arztpraxen vor Ort zur Daseinsvorsorge gehören und damit unverzichtbar sind. Daher gehört für sie die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung neben dem Ausbau von schnellem Internet aktuell zu den zentralen Themen für ihre politische Arbeit.

Diese Schwerpunktsetzung war notwendig, denn 2014 und damit zu Beginn der noch laufenden Legislaturperiode, hatten wir in der Verbandsgemeinde Asbach allein bei der Hausärzteschaft einen Versorgungsgrad von rd. 80 %. Besorgniserregend war jedoch die Prognose aufgrund der Altersstruktur der praktizierenden Hausärzte/Hausärztinnen für das nächste Jahrzehnt: weil eine Reihe von Ärzten/Ärztinnen aus Altersgründen ihre Praxen schließen werden, wird der Versorgungsgrad, wenn nichts geschieht, auf ca. 50 % zurückgehen. Damit war für die SPD-Fraktion im Verbandsgemeinderat klar, dass dringender Handlungsbedarf gegeben war.

Sie gab daher mit ihrem Antrag zur Gesundheitsvorsorge vom Dezember 2014 den Startschuss, die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Verbandsgemeinde Asbach zum zentralen Thema zu machen und als Daueraufgabe zu manifestieren. Der damalige Antrag zielte auf die Teilnahme an dem Projekt „Lokale Zukunftswerkstatt zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung“ ab. Mit diesem Projekt des Landes Rheinland Pfalz sollen auf der lokalen Ebene passgenaue Konzepte unter Anleitung von Fachleuten erarbeitet werden.

Das Arbeitsergebnis zeigte unter anderem auf, dass eine Kooperation zwischen der Ärzteschaft und der Verbandsgemeinde den größtmöglichen Erfolg verspricht.

Heißt: Dialogbereitschaft und gemeinsames Suchen nach Lösungen.

Nachdem aufgrund einer Vereinbarung von SPD und CDU zu einer besseren Zusammenarbeit die Eiszeit nach und nach überwunden wurde und an der Spitze der Verwaltung ein Bürgermeisterwechsel stattgefunden hat, nahm die Umsetzung der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in 2018 richtig Fahrt auf.

Mit den Besuchen der Landesgesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und dem Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses im Gesundheitswesen Josef Hecken im Verbandsgemeinderat erhielten die Bemühungen der Ratsfraktionen zusätzlichen Rückenwind.

Mittlerweile ist es bereits gelungen, mit einem Investitionsprogramm vier jüngere Hausärzte/Hausärztinnen für die Verbandsgemeinde Asbach zu gewinnen; hinzu kommt noch die Aufstockung einer Arztpraxis mit einer halben Stelle.

Aktuell arbeitet der Verbandsgemeinderat zusammen mit dem Bürgermeister an einer besseren Versorgung mit Fachärzten/Fachärztinnen, der Förderung von Medizinstudenten/innen mit Stipendien, die später in der Verbandsgemeinde Asbach praktizieren sollen und aufgrund eines gemeinsamen Antrages von SPD und CDU an der Unterstützung bzw. Entlastung der Hausärzte/Hausärztinnen durch die Einführung von sog. Gemeindeschwestern. Der demnächst neu gewählte Verbandsgemeinderat wird die Arbeit bei der Gesundheitsvorsorge fortsetzen müssen, denn sie wurde zu Recht als Daueraufgabe manifestiert.

BILANZ DER SPD-FRAKTION IM VERBANDS- GEMEINDERAT

Die SPD-Fraktion hat in der noch laufenden Legislaturperiode seit Juli 2014 bis heute zur Weiterentwicklung der Verbandsgemeinde Asbach insgesamt 20 Anträge eingebracht. Wenn man bedenkt, dass es zum einen insgesamt 30 Sitzungen des Verbandsgemeinderates gegeben hat und zum anderen die Fraktion lediglich aus acht Mitgliedern bei 36 Mandaten insgesamt besteht, ist dies eine durchaus beachtliche Bilanz und zeugt von einem hohen politischen Engagement. Beispielhaft sind einige Anträge aufgeführt, die von der Wichtigkeit einen hohen Stellenwert genießen:

■ SICHERSTELLUNG DER ÄRZTLICHEN VERSORGUNG IN DER VG ASBACH

Vor dem Hintergrund, dass aufgrund der Altersstruktur der Ärzte/Ärztinnen in der Verbandsgemeinde der Versorgungsgrad mit Hausarztpraxen in 10–15 Jahren nur noch bei ca. 50 % liegt, war für die SPD-Fraktion Handlungsbedarf angesagt (siehe Artikel „Der Arztbesuch gehört zur Daseinsvorsorge“).

■ CLUSTERBILDUNG AUF LANDKREISEBENE BEIM FLÄCHENDECKENDEN BREITBANDAUSSBAU (SCHNELLES INTERNET)

Der flächendeckende Breitbandausbau war im VG Rat unbestritten. Streit gab es mit der CDU, wer federführend den Ausbau betreibt: die VG oder der Landkreis. Im Hintergrund stand die Finanzierungsfrage in Verbindung mit einer 90 %-igen Förderung durch Bund und Land. Letztlich konnte der SPD Antrag überzeugen, dass eine Clusterbildung nur auf Landkreisebene von den Fördergebern (Bund/Land) anerkannt wird. Die VG hat dadurch 4,5 Millionen EUR eingespart!

■ EINFÜHRUNG DER EHRENAMTSKARTE RHEINLAND-PFALZ IN DER VG ASBACH

Die Ehrenamtskarte stellt ein Instrument zur Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements dar; sie verbindet symbolische Formen der Anerkennung mit kleinen geldwerten Vergünstigungen. Da auch in der VG Asbach ein großes ehrenamtliches Engagement vorhanden ist (z. B. in vielen Vereinen, bei der Asbacher Tafel, im Mehrgenerationenhaus, bei der Kleiderkammer der AWO und natürlich der Freiwilligen Feuerwehr), war es für die SPD-Fraktion sinnvoll, einen entsprechenden Antrag zu stellen, damit ehrenamtlich Tätige auch eine persönliche Anerkennung erfahren.

■ ERSTELLEN EINES HOCHWASSERSCHUTZKONZEPTES FÜR DIE VG ASBACH

Die ständig zunehmenden Starkregenereignisse mit ihren katastrophalen Auswirkungen haben die SPD-Fraktion veranlasst ein Konzept erarbeiten zu lassen, dessen Ziel es ist, für solche Extremereignisse besser gerüstet zu sein, um die Folgeschäden möglichst gering zu halten.

■ RESOLUTION ZUR ÄNDERUNG DES § 10 KAG (ABSCHAFFUNG DER AUSBAUBEITRÄGE)

Nachdem in einigen anderen Bundesländern auf die Ausbaubeiträge verzichtet wird und die Oppositionsparteien im Mainzer Landtag ebenfalls den Verzicht für Rheinland-Pfalz fordern, haben wir aus aktuellem Anlass (Ausbau der Gartenstr. in Neustadt) eine Resolution in den VG-Rat eingebracht, der die Abschaffung der Ausbaubeiträge zum Ziel hat.



■ UNTERSTÜTZUNG/ERWEITERUNG DER ÄRZTLICHEN VERSORGUNG DURCH SOG. GEMEINDESCHWESTERN

Auslöser war die Erkenntnis, dass der wachsende Anteil der älteren Bürgerinnen und Bürgern, die einer verstärkten medizinischen und pflegerischen Betreuung bedürfen, zu einer stetig zunehmenden Patientenzahl der Ärzte/Ärztinnen führt und damit die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung gefährdet. Die sog. Gemeindegewestern würden eine Entlastung bringen und die Situation entschärfen.

IMPRESSUM



SPD Asbacher Land

Verantwortlich im Sinne
des Presserechts:



Arno Jokisch
Im Wallroth 30
53567 Buchholz



SPD WINDHAGEN

THEMEN, DIE UNS BEWEGEN!

„HOHLWEG“ MUSS WIEDERHERGESTELLT WERDEN

Wie vom Donner gerührt mussten Anwohner an der Vierwindener Straße erleben und hilflos mit Ansehen, wie Bedienstete des Bauhofes sich mit Kettensägen und Baumschneidern bewaffnet am geschützten Gehölz des Windhagener Hohlwegs zu schaffen machten. Das Ergebnis dieser Nacht- und Nebelaktion trieb manchem Anwohner die Tränen in die Augen. War es doch trotz jahrelanger Bautätigkeiten im Umfeld gelungen, ein einzigartiges Naturdenkmal im Innerort von Windhagen zumindest in Fragmenten zu erhalten.



Und dann dies: ein nicht wiedergutzumachender Eingriff in geschützte Natur, in die Lebensräume geschützter Arten wie Fledermäuse, seltene Vögel und Kleintiere. Ganz zu schweigen vom zerstörten über Jahrzehnten gewachsenen Naturbild mit einzigartigen Baumbildern. Die damaligen Fragen „Wer lässt hier Roden und Plattmachen?“ und „Wer ordnet solche Einsätze an und Warum?“, ist inzwischen beantwortet. Und jetzt? Wir hoffen, so Thomas Stumpf, dass wir nach der Kommunalwahl im Rat nicht nur eine gemeinsame Haltung zum Erhalt typischer Dorfbilder finden sondern dass auch die neue Gemeindeleitung Ratsbeschlüsse auch einhält.

OHNE ERKENNBARE POLIZEIPRÄSENZ VOR ORT BLEIBT VIELES NUR WUNSCHDENKEN

Die aktuelle Kriminalstatistik im Asbacher Land bringt es an den Tag: Der landesweite Rückgang von Straftaten um 28,3 % hat auch in unserer Region eine klare Ursache, so Thomas Stumpf, der Vorsitzende der SPD Windhagen, nach der ersten Sitzung des Sicherheitsrates in Asbach. Die von der Polizei in NRW und Rheinland-Pfalz durchgeführten Kontrollmaßnahmen an den Auf- und Abfahrten der Bundesautobahnen sowie die mobilen Bestreifungen in den „Problemzonen“ entlang der A3 und der Bundesstraßen B 8 und B 42, haben offensichtlich Wirkung gezeigt. So konnten im Bereich des Polizeipräsidiums Koblenz für das

Jahr 2017 ein Rückgang von 530 Wohnungseinbrüchen, im Vergleich zum Vorjahr, verzeichnet werden. Dieser Rückgang um 24,2 % spiegelt sich auch bei den sogenannten „Tageswohnungseinbrüchen“, also Einbrüche im Zeitraum zwischen 6:00 Uhr und 21:00 Uhr, hier 24,8 Prozent, wider.

Der Blick auf die absoluten Zahlen der verübten und registrierten Straftaten im Verbandsgemeindebereich Asbach, mit immerhin noch 967 Kriminalfällen in 2017 und der besorgniserregende Umstand, dass die hier verübten Wohnungseinbrüche kaum aufgeklärt werden konnten; hier wird eine Aufklärungsrate von inzwischen unter 10 % ausgewiesen, trübt die Freude über den erzielten polizeilichen Erfolg erheblich. Diese Gesamtsituation kann daher nicht unkommentiert bleiben. Im Gegenteil, wir sind es den Betroffenen schuldig, endlich nachhaltiger und wirksamer zu handeln. Wir müssen, so auch Rolf Kahmann, der stellvertretende SPD Fraktionsvorsitzende, die Idee einer gemeinsamen Resolution anstoßen. Die von diesen Wohnungseinbrüchen besonders stark betroffenen Gemeinden im nördlichen Landkreis Neuwied müssten hier – im gemeinsamen Interesse – ohne Blick auf die politischen Farben zusammenfinden.



Es kann doch nicht sein, dass die über Jahre zugelassene bzw. herbeigeführte Reduktion von Dienststellen und die personelle Ausdünnung der ländlichen Polizeistationen ohne eine, in Mainz deutlich vernehmbare, politische Reaktion bleibt. Deshalb der erneute Ansatz, über alle politischen und räumlichen sowie kommunalen Abgrenzungen hinweg, eine gemeinsame Forderung nach mehr Polizei vor Ort, gegenüber der Koalitionsregierung von SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP, auf den Weg zu bringen.

Dies könnte z. B. für die Polizeiinspektion Straßenhaus die Forderung nach einer durchgängigen Vorhaltung von zwei Streifenwagen bedeuten. Mithin eine Größenordnung, die für eine durchgängige sinnvolle Bestreifung in unserer Region erforderlich wäre.